

Medienmitteilung

Bern, 4. November 2025

Schweizer KMU-Barometer: Wenig Optimismus im Gewerbe

Laut dem neuen KMU-Barometer des Schweizerischen Gewerbeverbands erwartet jede zweite Kantonalsektion in den kommenden zwölf Monaten eine wirtschaftliche Verschlechterung für die KMU. Besonders belastend bleiben die Bürokratie, der Fachkräftemangel und die immer restriktivere Raumplanung. Zudem sorgt sich das Gewerbe zunehmend um fehlenden Nachwuchs.

52% der Kantonalsektionen erwarten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für die KMU in den kommenden zwölf Monaten, 42% rechnen mit Stagnation. Das geht aus dem neuen Schweizer KMU-Barometer des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv hervor. An der Umfrage haben die Kantonalsektionen des Schweizerischen Gewerbeverbandes teilgenommen.

Fehlender Nachwuchs

Interessant: Keine Kantonalsektion geht von einer Verbesserung aus. Vor diesem Hintergrund blicken die Unternehmer kritisch, aber pragmatisch in die Zukunft. Die grössten Herausforderungen für die KMU bleiben wachsende Bürokratie, Fachkräftemangel und restriktive Raumplanung. Neu hinzu kommen Sorgen um fehlenden Nachwuchs.

Pierre Daniel Senn, Vizepräsident des sgv, sagt: «Zurzeit verlassen mehr Fachkräfte den Arbeitsmarkt, als neue hinzukommen. Die Pensionierungswelle der Babyboomer verschärft diesen Trend.» Umso wichtiger seien die Einführung von «Professional Bachelor» und «Professional Master»: Beides werde zu einer Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung führen.

Weiter belastet die Raumplanung die Unternehmen stark. Nicht einmal die Hälfte der Gemeinden können ihre Innenverdichtung aktiv vorantreiben. Die Mehrheit hat noch keine rechtliche Grundlage. Die Wohnbautätigkeit sank denn auch im Vergleich zum Vorjahr um über 13%, und Baubewilligungsverfahren für ein Wohnhaus dauern im Schnitt rund 200 Tage. Das Fazit: «Es wird zu wenig gebaut, zu wenig entwickelt und zu wenig auf bestehenden Flächen optimiert», so Pierre Daniel Senn.

Verschärfte Situation in Randregionen

Besonders in Randregionen verschärft fehlender Wohnraum den Fachkräftemangel. Maurus Blumenthal, Direktor des Bündner Gewerbeverbandes, weist darauf hin, dass ein Drittel der Unternehmen in Graubünden keine neuen Mitarbeitenden einstellen kann, weil Wohnraum fehlt. Gleichzeitig kritisiert er politische Initiativen wie jene der JUSO, die das unternehmerische Risiko erhöhen. «Unternehmer haben ein eigenes Interesse daran, ihren ökologischen Fussabdruck zu verbessern, wie das Beispiel Green Tech Graubünden zeigt.» Auch Initiativen wie Service Citoyen stossen bei den Kantonalsektionen breit auf Ablehnung, da sie dem Unternehmertum Arbeitskräfte entziehen. Zudem droht der Bürgerdienst, das schon heute bestehende Problem der Konkurrenzierung von KMU durch den Staat zu vergrössern. So würden KMU in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit, Bildung oder Betreuung durch Bürgerdienstspflichtige, die gleichzeitig im Gewerbe fehlen, aus dem Markt gedrängt.

KI bieten Chancen, trotz Fachkräftemangel wettbewerbsfähig zu bleiben

Bei den Berner KMU zeigen sich die Auswirkungen von Bürokratie und Einsparungen besonders deutlich. Über die Hälfte der KMU fordert schnellere und transparentere Bewilligungsverfahren, mehr Flexibilität bei Nutzflächen und eine bessere Koordination zwischen Kantonen und Gemeinden. Für Ernst Kühni, Präsident der Berner KMU, führt die Bürokratie zu «Stillstand statt Innovation und ist für KMU absolutes Gift». Gleichzeitig bieten Technologien wie KI gemäss der eigenen Umfrage der Berner KMU Chancen, Prozesse effizienter zu gestalten und Engpässe bei Mitarbeitenden abzufedern.

Befürchtung um mehr Einschränkungen bei der Kreditvergabe

Ein Teil der kantonalen Gewerbeverbände berichtet von einer restriktiveren Kreditvergabe durch Banken. Und neben inländischen Herausforderungen belasten auch internationale Faktoren. Die US-Zölle in der Höhe von 39 % wirken besonders negativ auf kleine Firmen. Das EU-Paket, dessen Vernehmlassung soeben abgelaufen ist, und das als nächstes im Parlament debattiert wird, sorgt weiter für Unsicherheit. Es wird vom Gewerbe kritisch gesehen. Befürchtet wird insbesondere ein Anstieg der Bürokratie. Vor diesem Hintergrund betont Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, die Dringlichkeit von Entlastungen: «Das sind alles keine guten Nachrichten. Wir brauchen jetzt zwingend wirksame Entlastungen für KMU.»

Forderungen des Gewerbes

Bürokratiekosten schlagen sich direkt im BIP nieder – der sgV geht von rund 10 % oder 80 Milliarden Franken pro Jahr aus. Für KMU sind Bürokratiekosten belastender als für Grossunternehmen. Vor diesem Hintergrund fordert der Schweizerische Gewerbeverband – nebst der Ablehnung der Service-Citoyen-Initiative und der JUSO-Steuerinitiative – ein umfassendes KMU-Entlastungs- und Revitalisierungsprogramm. Dieses umfasst u.a. eine Regulierungskostenbremse für KMU, schnellere Baubewilligungsverfahren, eine Senkung des staatlichen Fussabdrucks, die Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Lohnnebenkosten, sowie eine KMU-fördernde und diversifizierte Aussenhandelspolitik.

Weitere Auskünfte

Pierre Daniel Senn, Vize-Präsident sgV, 076 376 75 17, pds@sennautos.ch

Urs Furrer, sgV-Direktor, 079 215 81 30, u.furrer@sgv-usam.ch

Ernst Kühni, Präsident Berner KMU, 079 210 22 80, ernst.kuehni@kuehni.ch

Maurus Blumenthal, Direktor Gewerbeverband Graubünden, 079 394 52 86, blumenthal@gewerbe-gr.ch

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Sprechtext Pierre Daniel Senn, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv

Geschätzte Anwesende

Ziel meines Inputs ist es, ein aktuelles Stimmungsbild aus dem Schweizer Gewerbe zu vermitteln.

Die Umfrage des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv, **«Herausforderungen für KMU in der Schweiz»**, liefert dazu aufschlussreiche Ergebnisse. Als Dachverband mit über 600 000 Mitgliedern aus allen Branchen haben wir ein sehr gutes Bild über die wirtschaftliche Lage der Schweizer KMU. Die Umfrage, die **erstmals im Oktober 2025 durchgeführt** wurde und **künftig vierteljährlich erhoben wird**, zeigt deutlich: Während die wirtschaftliche Entwicklung der KMU in den letzten zwölf Monaten noch von über 50% der Verbände als «unverändert» beschrieben wurde, **erwartet über 52% nun eine Verschlechterung in den kommenden zwölf Monaten. Nur 42% rechnen mit einer gleichbleibenden Lage, und niemand erwartet eine Verbesserung.**

Die Umfrage zeigt auch, dass die Sorgen der KMU unverändert bleiben. An erster Stelle steht die **Bürokratie**, die weiterhin Zeit, Geld und Nerven kostet und dennoch nicht abnimmt. Zweitens ist der **Fachkräftemangel** ein zentrales Problem: Praktisch alle Branchen kämpfen damit, qualifizierte Mitarbeitende zu finden – vom Handwerk über den Tourismus bis zur Industrie. Drittens stellt die **Raumplanung** eine zunehmende Wachstumsbremse dar. **Zusätzlich wird die Lehrlingsrekrutierung als aufkommendes Problem wahrgenommen: Viele Betriebe stellen fest, dass es schwieriger wird, Nachwuchs zu gewinnen, was ein Alarmsignal für die Zukunft unseres dualen Bildungssystems ist.**

Die Raumplanung verdeutlicht exemplarisch die strukturellen Hürden, mit denen KMU täglich konfrontiert sind. 43 Prozent der Gemeinden können ihre Innenverdichtung vorantreiben, weil sie ihre Nutzungspläne bereits angepasst haben. 57 Prozent der Gemeinden sind jedoch noch nicht soweit. Entsprechend fehlt ihnen die rechtliche Grundlage zur Förderung der Innenverdichtung. Mit anderen Worten: Es wird zu wenig gebaut, zu wenig entwickelt und zu wenig auf den bestehenden Flächen optimiert. Das hat Auswirkungen auf die Bautätigkeit. Diese ist beispielsweise bei den Wohngebäuden im Vergleich zum Vorjahr um über 13% zurückgegangen. Ein durchschnittliches Baubewilligungsverfahren für ein Wohnhaus dauert rund 200 Tage. Viele Projekte verzögern sich, Kosten steigen und Investoren ziehen sich zurück. Aussernde Einsprachemöglichkeiten verstärken diesen Teufelskreis zusätzlich, was die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Regionen gefährdet.

Neben diesen strukturellen Herausforderungen kommen politische Belastungen hinzu. **Die Service-Citoyen-Initiative, die am 30. November zur Abstimmung kommt, wird von den KMU klar abgelehnt.** Sie würde zusätzliche Arbeitskräfte entziehen, Verwaltungsaufwand erhöhen und Freiwilligenarbeit nicht fördern, sondern verordnen. Ebenso deutlich fällt das Urteil zur JUSO-Initiative aus. Sie wird von den Verbänden als standort- und wachstumsfeindlich eingeschätzt, da sie gesunde KMU im Erbfall zu Verkäufen und Verschuldung zwingt, die regionale Wertschöpfung schwächt und unternehmerische Freiheit einschränkt. Staatlich verordnete Eingriffe, verkleidet als Klimaschutzmassnahmen, belasten Mittelstand und KMU zusätzlich.

Ein weiteres zentrales Thema ist der Zugang zu Bankkrediten. **Seit dem Wegfall der Credit Suisse berichten 36 % der Verbände über erschwerte Kreditvergabe.** Weniger Wettbewerb im Bankenmarkt und fehlendes Know-how bei komplexen Finanzierungen wirken sich direkt auf Investitionen, Betriebsumbauten oder Erweiterungen aus und bremsen das Wachstum.

Die Schweizer KMU leisten täglich Enormes: Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden Lernende aus und sichern den Wohlstand unseres Landes. Damit sie dies weiterhin tun können, brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und Politik, die die Realität der Betriebe berücksichtigt.

Momentan sehen viele KMU schwarz. Sie haben viele Hürden aus dem Inland abgefedert. Dank ihrer flexiblen, innovativen unternehmerischen Art. Aber jetzt sind sie sehr stark unter Druck. Irgendeinmal ist das Glas nicht mehr halb voll oder halb leer, sondern übertoll. Dann droht das Wasser überzuschwappen. Das scheint jetzt der Fall zu sein. Urs Furrer wird in der Folge die Forderungen der KMU an die Politik ausführen.

4. November 2025



Berner KMU sehen positiver in die Zukunft als andere Kantonalsektionen

Seit 2020 befragt der Gewerbeverband Berner KMU gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsverbänden die Unternehmen im Kanton Bern zu ihrer wirtschaftlichen Lage. Der Berner KMU-Barometer zeigt auch 2025 ein stabiles Bild: Drei Viertel der Unternehmerinnen und Unternehmer blicken zuversichtlich in die Zukunft, Umsatz und Investitionen bleiben auf gutem Niveau.

Fachkräftemangel: Rückläufig, aber nach wie vor ist jedes zweite KMU betroffen

Der Fachkräftemangel bleibt laut Ernst Kühni, Präsident der Berner KMU, ein zentrales Thema, verliert aber leicht an Schärfe. 2025 sind 49 Prozent der Berner KMU stark oder sehr stark betroffen, nach 53 Prozent im Vorjahr und 58 Prozent 2023. Besonders spürbar bleibt die Situation bei grösseren Betrieben mit mehr als zehn Mitarbeitenden. Viele Unternehmen investieren in Ausbildung, Weiterbildung und die Integration junger Fachkräfte.

Künstliche Intelligenz: 45 Prozent sehen eine Vereinfachung des Alltags

Mehr als die Hälfte der Berner KMU erwartet, dass Künstliche Intelligenz ihre Arbeit spürbar verändert. 45 Prozent sehen darin eine Vereinfachung des Alltags, 40 Prozent mehr Chancen als Risiken. Am häufigsten wird KI in der Administration sowie im Marketing und Verkauf eingesetzt, also dort, wo Prozesse standardisiert und Daten zentral sind. Zugleich zeigt sich deutliches Potenzial: In der Projektleitung (45 Prozent) und im Personalwesen (47 Prozent) sehen viele KMU konkrete Einsatzmöglichkeiten für die kommenden Jahre.

Raumplanung: Verfahren bleiben ein Ärgernis und sind ein Standorthemmnis

Die Raumplanung hat sich bei den Berner KMU insgesamt eher verschlechtert. Rund ein Viertel der Unternehmen (23 Prozent) sieht eine Verschlechterung, 40 Prozent keine Veränderung und nur 5 Prozent eine Verbesserung. Auffällig ist, dass ein Drittel der Befragten keine Einschätzung abgibt. Handlungsbedarf sehen mehr als die Hälfte der Unternehmerinnen und Unternehmer vor allem bei schnelleren und transparenteren Bewilligungsverfahren (59 Prozent). Knapp die Hälfte wünscht sich mehr Flexibilität bei bestehenden Nutzflächen (47 Prozent), ein Drittel eine bessere Koordination zwischen Kanton und Gemeinden (31 Prozent). «Das ist ein echtes Problem», sagt Ernst Kühni, «und ein exemplarisches Beispiel dafür, wie uns die Bürokratie Steine in den Weg legt. Unter dem Strich führt das zu viel Stillstand anstelle von mehr Innovation. Das ist für KMU absolutes Gift.»

Mehr Informationen zum Berner KMU-Barometer: kmu-barometer.gfs-zh.ch

Auskünfte

Ernst Kühni, Präsident Gewerbeverband Berner KMU, 079 210 22 80

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Raumplanung als Herausforderung, Grüne Technologien als Chance und Unternehmertum als Grundlage für unseren Wohlstand

1. Raumplanung

Die negativen Folgen der Raumplanungspolitik der letzten Jahrzehnte zeigen sich inzwischen auch in Graubünden deutlich. Fehlgeleitete Entwicklungen führen dazu, dass Wertschöpfungspotenzial verloren geht und Fachkräfte mangels Wohnraum nicht angestellt werden können. Unsere letzte Mitgliederumfrage zeigt: Über ein Drittel der Unternehmen in Graubünden sieht seine betriebliche Entwicklung durch die eingeschränkte Verfügbarkeit von Bauland oder Nutzflächen behindert. Ebenfalls mehr als ein Drittel kann potenzielle Mitarbeitende nicht einstellen, weil diese keinen geeigneten Wohnraum in der Nähe finden. Die Hauptgründe sind wie bereits genannt: 1. die ausufernde Bürokratie in den Baubewilligungsverfahren und Entscheidungsangst der Behörden, 2. eine Einsprachefflut von Privaten und Schutzorganisationen sowie **3. die zunehmende Zentralisierung in der Raumplanungspolitik**. Für Regionen mit anderer Topografie als das Mittelland, wie dies in Graubünden der Fall ist, ist der letzte Punkt am gravierendsten.

Die bundesrechtlichen Vorgaben, insbesondere die Zweitwohnungsinitiative und die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG 1), bremsen die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend – gerade in Randregionen mit völlig anderen topografischen Voraussetzungen als im Mittelland. Doch das geltende nationale Recht berücksichtigt diese Vielfalt kaum.

Dabei schreibt das Raumplanungsgesetz selbst vor, man wolle das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in allen Landesteilen fördern und eine angemessene Dezentralisation von Besiedlung und Wirtschaft anstreben. Unsere Forderung ist daher klar: **Die nationalen Raumplanungsbestimmungen müssen flexibel genug ausgestaltet sein, um den kantonalen Unterschieden Rechnung zu tragen. Nur so lässt sich ein dezentrales Wohnen und Wirtschaften in der Schweiz langfristig sichern und stärken.** Wir brauchen in der Raumplanung mehr Föderalismus statt Zentralismus, mehr Pragmatismus und Flexibilität statt Bürokratie – und eine Raumplanung, die Raum für Entwicklung schafft. Neben Gemeinden und Kanton – hier sind wir als Gewerbeverband mit einem «Aktionsplan Raumplanung» daran, Veränderungen anzustossen – gibt es **drei Reformbereiche auf nationaler Ebene: 1. Raumplanungsbestimmungen müssen flexibel genug ausgestaltet sein, um den kantonalen Unterschieden Rechnung zu tragen. 2. Bevölkerungsprognosen nicht als einziger Massstab für die Umsetzung RPG 1 vorgeben und 3. Zweitwohnungsmarkt für Erstwohnungen nutzen können.**

2. Initiative «Green Tech Graubünden»

Die Wirtschaft ist grundsätzlich an einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung interessiert. Dafür braucht es keine übermässigen Regulierungen oder Subventionen. Der sparsame Umgang mit Ressourcen – insbesondere mit natürlichen Ressourcen – ist Teil der DNA von KMU. **Grüne Technologien bieten gerade für einen Kanton wie Graubünden mit seinen zahlreichen natürlichen Ressourcen ein grosses Wertschöpfungspotenzial. Aus diesem Grund haben die Bündner Wirtschaftsverbände das Projekt Green Tech Graubünden gestartet. Die Initiative bringt rund 40 Unternehmen, Forschungs- und Bildungsinstitutionen zusammen, um Wachstumschancen unternehmerisch zu nutzen, Vernetzung zu fördern, Wissen zu bündeln und Innovationen gemeinsam voranzutreiben.** Ziel ist es, die Welt nachhaltiger zu gestalten, das Energiesystem zu dekarbonisieren und vermehrt in Stoffkreisläufen zu denken und zu arbeiten. Das Potenzial ist gemäss einer [SATW-Studie](#), welche vor kurzen publiziert wurde, vorhanden. Wertschöpfung kann vor allem im Bereich Bauwesen, Energieproduktion und Kunststofftechnologie und Biomasse generiert werden. Unser Fazit: **Nicht die Politik, sondern Technologien, unternehmerisches Risiko und Innovation bereiten die Welt für die nächsten Generationen am besten vor.** Der Staat sollte dabei primär in Bildung, Forschung sowie Wissens- und Technologietransfer investieren und unternehmensfreundliche

Rahmenbedingungen schaffen. Technologische Transformationsprozesse müssen von der Wirtschaft selbst kommen, um nachhaltig Bestand zu haben.

3. Unternehmertum als Grundlage von Wohlstand

Genau umgekehrt sehen das die JUSO. Die Juso-Initiative möchte, vereinfacht gesagt, neue Steuern für neue Subventionen einführen, um die Welt angeblich gerechter und nachhaltiger zu machen. **Mit der Initiative wird aber das unternehmerische Risiko und die Innovationskraft zerstört und der planwirtschaftliche Umbau der Wirtschaft vorangetrieben.** Und wie das Beispiel von Green Tech Graubünden zeigt, sind die Unternehmern, darunter auch zahlreiche KMU daran interessiert, in Green Tech zu investieren. In einer Umfrage im letzten Jahr bei unseren Mitgliedern haben 88% der Umfrageteilnehmenden angegeben, dass nachhaltiges Wirtschaften langfristig eine Chance für ihr Unternehmen sei.

Rund 10 % der Steuerpflichtigen zahlen bereits fast 80 % der direkten Bundessteuer. Nun sollen Teile davon noch stärker belastet werden. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Mehrere Studien zeigen, dass die Initiative zu weniger Steuereinnahmen führen dürfte. In der ressourcenarmen Schweiz war Unternehmertum stets die Grundlage für den Wohlstand aller. Wohlstand entsteht durch Wertschöpfung, die aus Innovation, Beharrlichkeit und unternehmerischem Risiko generiert wird. Der Schutz des Eigentums ist einer der wichtigsten Faktoren für Wohlstand. Die Juso-Initiative ist ein Frontalangriff auf das Eigentum zahlreicher Familienunternehmen in der Schweiz. Sie ist auch respektlos gegenüber allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die über Generationen mittlere und grosse Familienunternehmen erfolgreich geführt haben.

Auskünfte

Maurus Blumenthal, Direktor Bündner Gewerbeverband, 079 394 52 86

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Es braucht ein KMU-Entlastungs- und Revitalisierungsprogramm

Die Aussichten für die Schweizer KMU sind durchzogen: Laut dem neuen KMU-Barometer des Schweizerischen Gewerbeverbands erwartet jeder zweite kantonale Gewerbeverband eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung der KMU. Keiner der befragten Verbände erwartet eine Verbesserung. Als besonders belastende Faktoren werden die Bürokratie und die Raumplanung genannt. Zudem sorgt sich das Gewerbe zunehmend um fehlenden Nachwuchs.

Vor diesem Hintergrund stehen die beiden Initiativen, über welche das Stimmvolk am 30. November abstimmt, quer in der Landschaft. Die JUSO-Initiative würde die Nachfolge in vielen Familienunternehmen praktisch verunmöglichen. Zudem würde sie Klimapolitik *gegen* die Unternehmen machen, statt *mit* den Unternehmen. Auch die Service citoyen Initiative stossen in den Kantonen auf Ablehnung. Sie würde den KMU dringend benötigte Arbeitskräfte entziehen – Arbeitskräfte, mit denen der Staat resp. der Bürgerdienst dann KMU konkurrenzieren würde, die in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit, Bildung oder Betreuung tätig sind.

Mit Blick auf die Aussenpolitik wirken der US-Zoll erschwerend. Mit Blick auf die EU-Verträge gibt es für KMU Chancen und Risiken. Viele KMU fürchten den Import von neuer EU-Bürokratie.

Die Aussichten für die KMU in unserem Land sind nicht rosig. Statt KMU immer mehr zu belasten, müssen wir sie jetzt entlasten. Deshalb fordert der Schweizerische Gewerbeverband sgv KMU-freundliche Rahmenbedingungen in folgenden Bereichen:

1. Produktivität

- Regulierung:
 - Entlastung bei bestehenden Regulierungen / konsequente Umsetzung des Unternehmensentlastungsgesetzes (UEG)
 - Einführung einer Regulierungskostenbremse
 - KMU-freundliche Praxis, beschleunigte Verfahren
- Arbeitsmarkt:
 - Stärkung der Berufsbildung
 - Erhalt des flexiblen Arbeitsmarkts
 - Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Lohnnebenkosten
- Energie: Sichere Versorgung zu erschwinglichen Preisen
- Bedarfsgerechte Raumplanung und Mobilität

2. Staat

- Entlastungspaket / Verzichtsplanning
- Tiefe Steuern und Abgaben
- Stärkung des Föderalismus

3. Aussenhandel

- Aktualisierung bestehender und Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit KMU-Kapiteln und Massnahmen zur Vereinfachung der Anwendung
- Abbau technischer Handelshemmnisse

Auskünfte: Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.



Schweizerischer Gewerbeverband **sgv**

Union suisse des arts et métiers **usam**

Unione svizzera delle arti e mestieri **usam**

Medienkonferenz vom 4. November 2025
Zustand und Herausforderungen des Gewerbes

Inhalt

1 **Prise de pouls des PME suisse:**

Pierre Daniel Senn, Vice-président

2 **KMU im Spannungsfeld von Fortschritt und Verwaltungshürden:**

Ernst Kühni, Unternehmer und Präsident Berner KMU, Vorstand sgV

3 **Raumplanung als Herausforderung, Grüne Technologien als Chance:**

Maurus Blumenthal, Direktor Bündner Gewerbeverband

4 **Fazit und Forderungen des Gewerbes:**

Urs Furrer, Direktor sgV

Pierre Daniel Senn, Vice-président sgv-usam



Prise de pouls des PME suisse

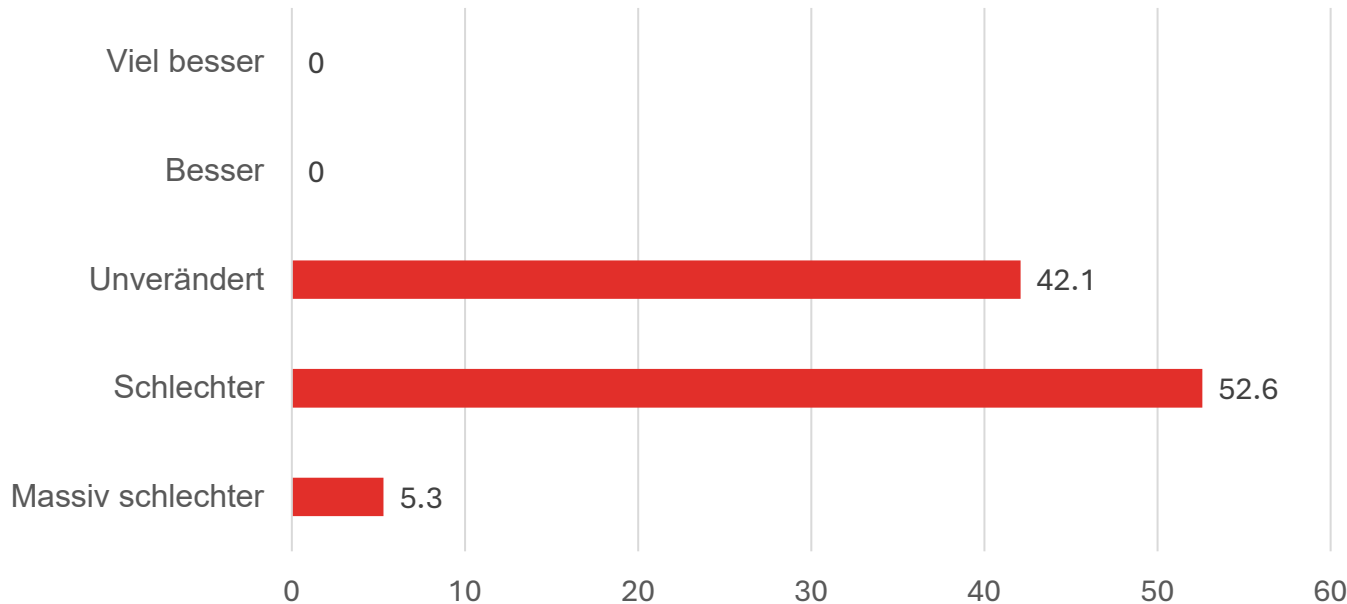
«Des temps difficiles pour les garagistes»



- Automobiles Senn SA est issue d'une histoire familiale qui prend naissance en 1959.
- Automobiles Senn SA est aujourd'hui une entreprise reconnue dans son rayon.
- A la tête de quatre garages, situés à Neuchâtel, Thielle, Yverdon et La Chaux-de-Fonds, elle gère une affaire familiale.
- Elle est désormais conduite par deux des fils de Pierre Senn, Pierre Daniel Senn et David Senn, qui développent la gestion de l'entreprise comme **un seul garage, sur quatre sites.**

KMU sehen sehr besorgt in die Zukunft

Les PME très inquiètes pour l'avenir



Quelle: Schweizerischer Gewerbeverband. N = 19 KGV

Wie bewerten Sie die wirtschaftliche Entwicklung der KMU in Ihrem Verband in den nächsten 12 Monaten im Vergleich zu den letzten 12 Monaten?

Selon vous, comment sera la situation économique des PME membres de votre association au cours des 12 prochains mois comparée aux 12 derniers?

52%

der KGV bewerten die wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu den letzten 12 Monaten als «schlechter».

des UCAM estiment que la situation économique à venir sera «moins bonne» que celle des 12 derniers mois.

Die drei grossen Sorgenkinder der KMU

Les trois préoccupations majeures des PME

1. Bürokratie

Bureaucratie

2. Fachkräftemangel

Pénurie de main-d'œuvre qualifiée

3. Raumplanung

Aménagement du territoire

Fokus auf Raumplanung

Zoom sur l'aménagement du territoire

Raumplanung

43 % der
Gemeinden
können
verdichten – alle
anderen sind
noch nicht soweit

-13.4 %
geringere
Bautätigkeit
gegenüber 2023

200 Tage Dauer
ab Baueingabe für
ein Wohnhaus -
stark
bürokratisierte
Verfahren

60 %
Einsprache-
verfahren

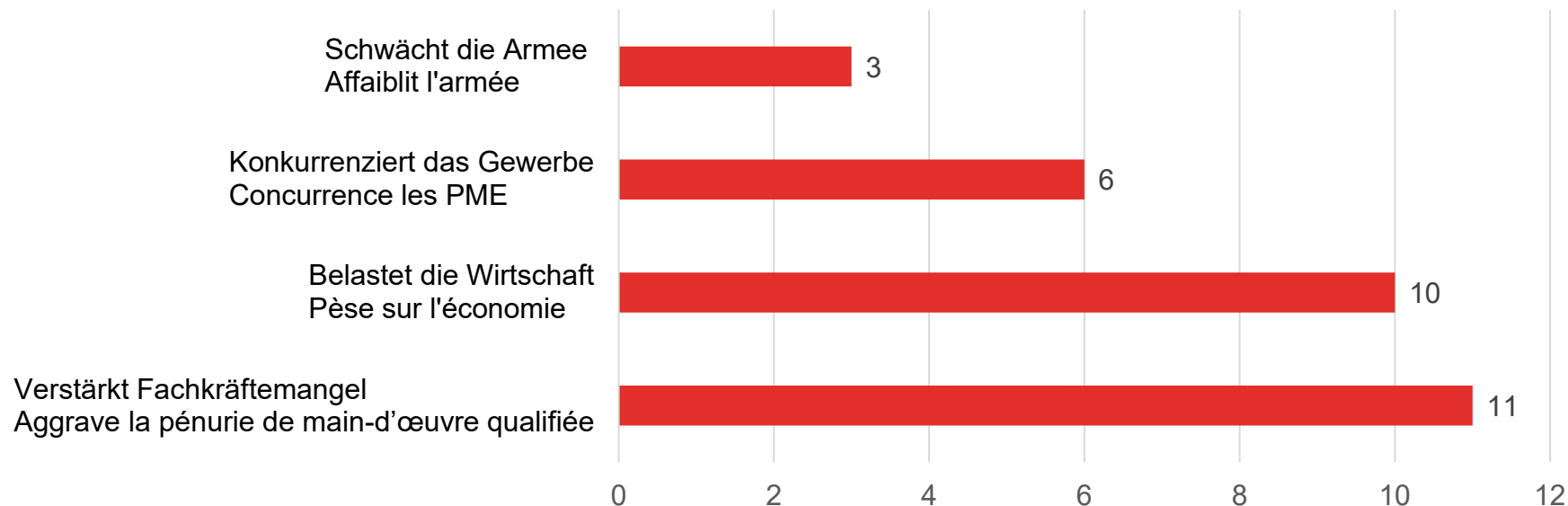
30 %
Einschränkung
wegen
Ortsbildschutz

Quellen: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=101333>, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/bautatetigkeit/wohnungsbau-jaehrlich.html>
<https://www.news.admin.ch/de/newnsb/mpV5zis1PLFFizEIFaMOA>
<https://realestatemove.ch/2024/06/13/kantonsabhaengiges-geduldsspiel-bei-baubewilligungen/#:~:text=Kantonsabh%C3%A4ngiges%20Geduldsspiel%20bei%20Baubewilligungen.%20Matthias%20Holzhey%2C%20Economist%2C,v%20erlangsamten%20die%20Baubewilligungsprozess%20im%20vergangenen%20Jahr%20weiter.>

Service-Citoyen-Initiative: Weitere KMU-Hürde

Init. service citoyen: défi suppl. pour les PME

Die Service-Citoyen-Initiative wird von den KGV aus folgenden Gründen abgelehnt:
L'initiative service citoyen est rejetée par les UCAM pour les raisons suivantes:

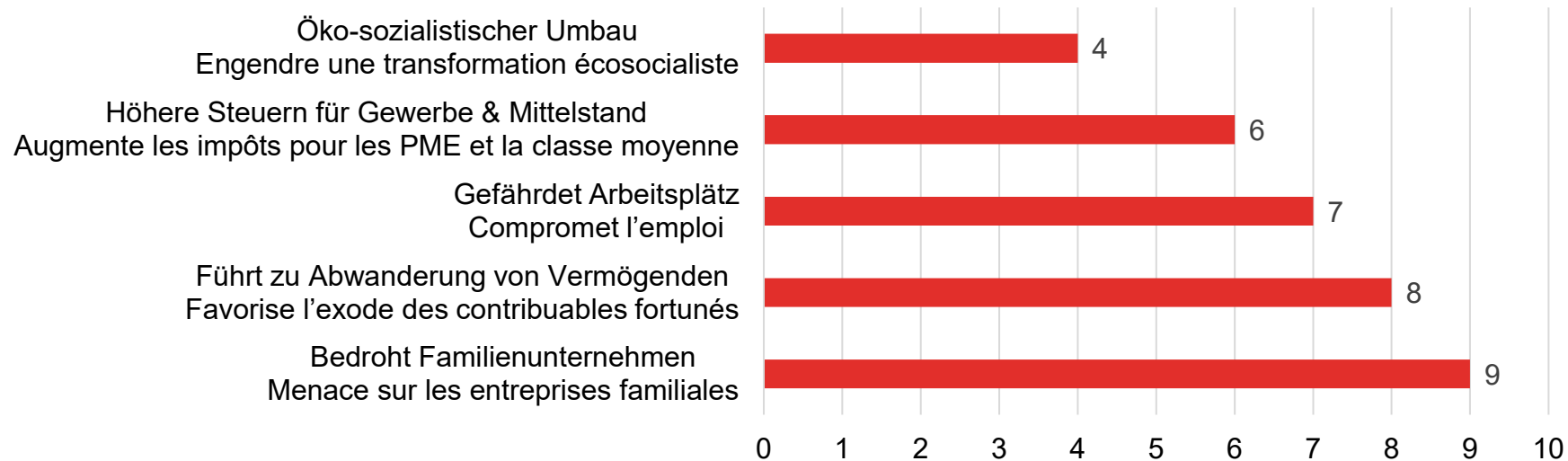


Quelle: Schweizerischer Gewerbeverband. N = 19 KGV

Das hat uns noch gefehlt: Die JUSO-Initiative

Cerise sur le gâteau: l'initiative de la JS suisse

Die JUSO-Initiative wird von den KGV aus folgenden Gründen abgelehnt:
L'initiative de la JS est rejetée par les UCAM pour les raisons suivantes



Quelle: Schweizerischer Gewerbeverband. N = 19 KGV

Zugang zu Bankkrediten wird schwieriger

Obtenir un crédit bancaire devient plus difficile

36%

der KGV empfinden den Zugang zu Bankkrediten schwierig.
des UCAM trouvent l'accès aux crédits bancaires difficile

Ernst Kühni, Präsident Berner KMU



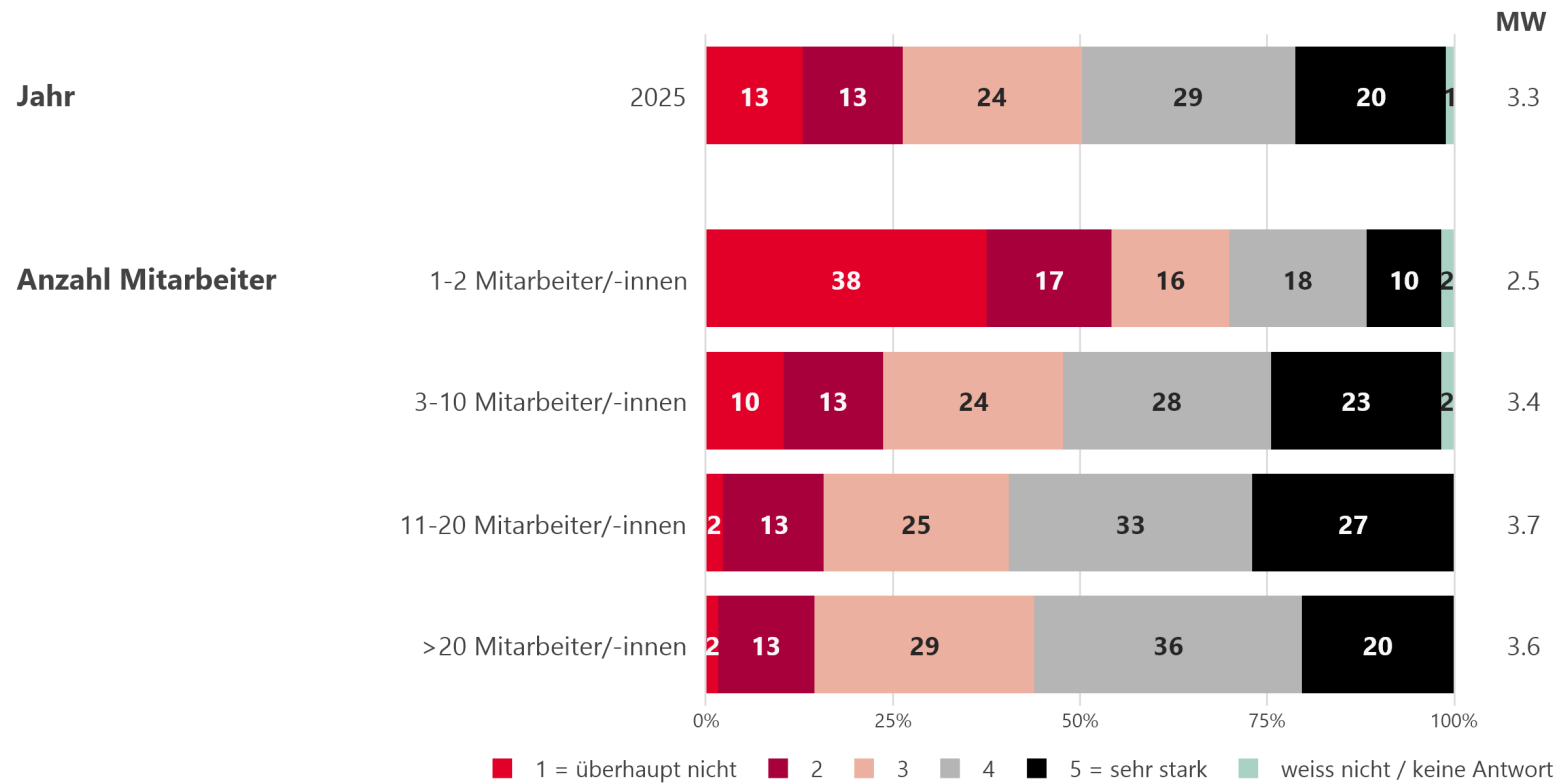
**KMU im Spannungsfeld von
Fortschritt und Verwaltungshürden**

«Als Unternehmer bleibst du flexibel»



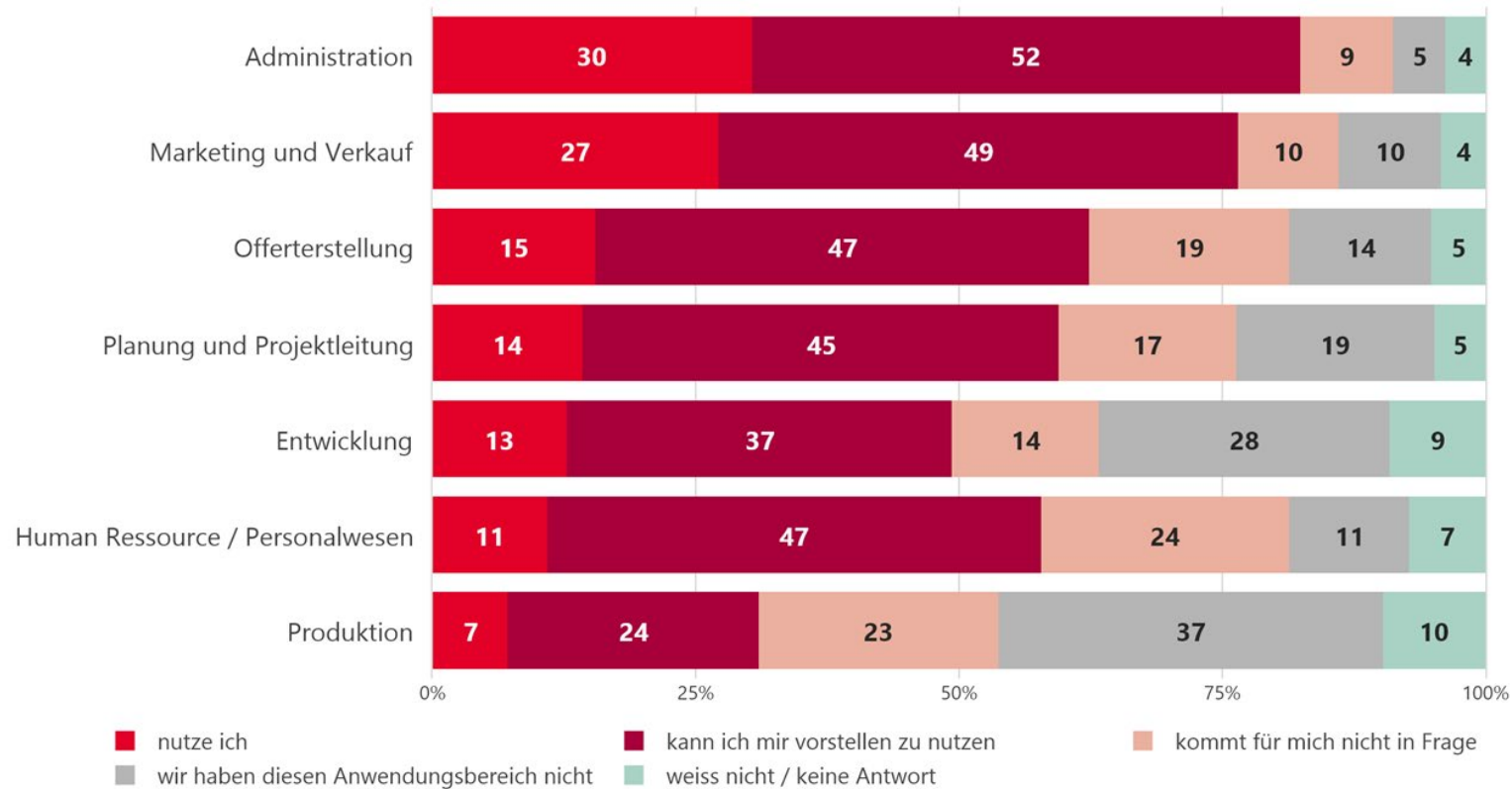
- Präsident der Berner KMU
- Vorstandsmitglied des HIV Emmental
- VR-Präsident der Kühni AG Ramsei
- 34 Lernende von 180 Mitarbeitenden
- Die Kühni AG ist in den vier Sparten Generalunternehmung, Holzbau, Parkett und Schreinerei tätig.

Fachkräftemangel bei Berner KMU



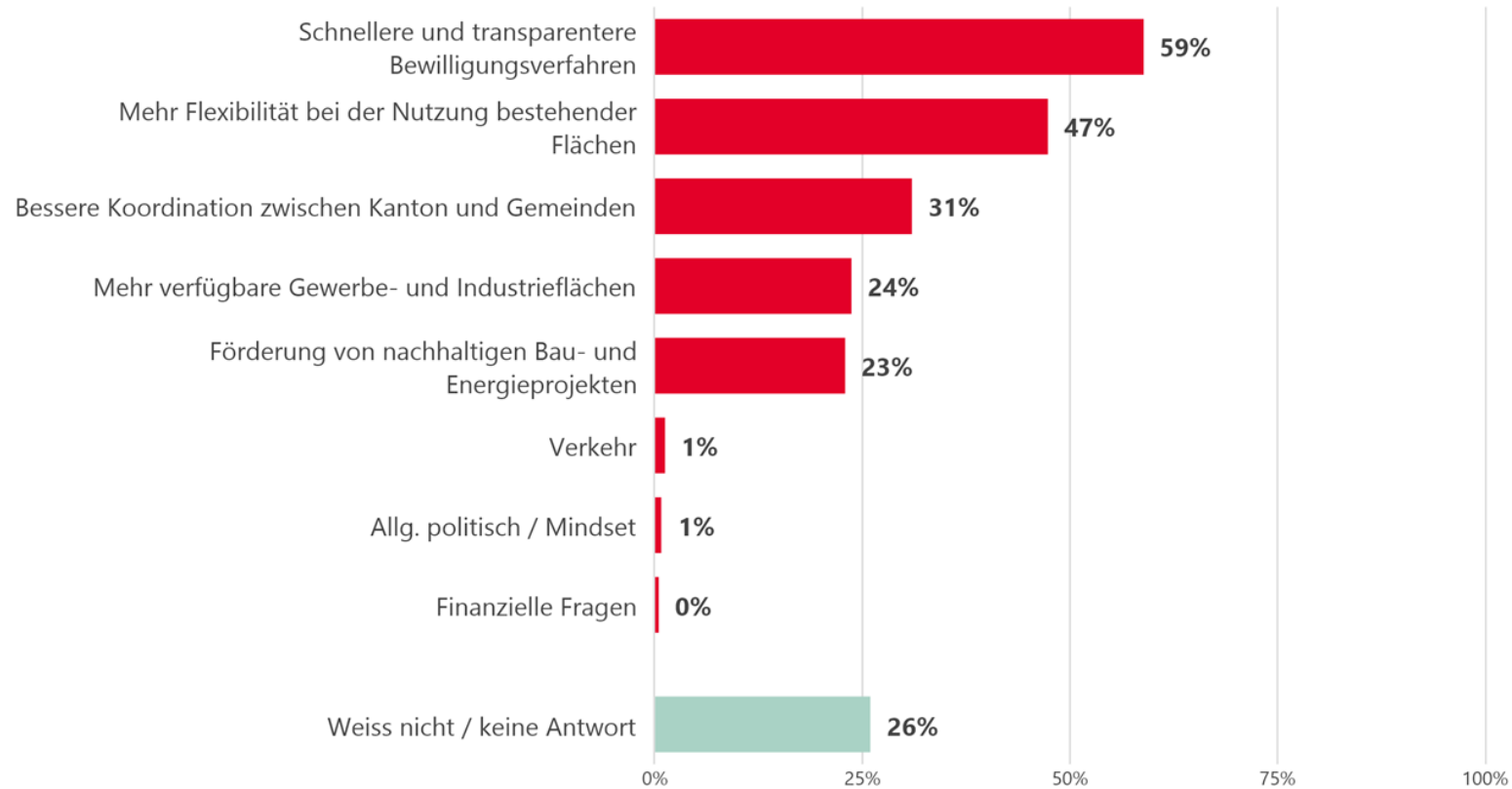
Quelle: Gewerbeverband Berner KMU, Berner KMU-Barometer 2025, gfs zürich, N = 659

Einsatz und Potenzial von KI



Quelle: Gewerbeverband Berner KMU, Berner KMU-Barometer 2025, gfs zürich, N = 659

Handlungsbedarf in der Raumplanung



Quelle: Gewerbeverband Berner KMU, Berner KMU-Barometer 2025, gfs zürich, N = 659

Maurus Blumenthal, Direktor Bündner Gewerbe



**Raumplanung als Herausforderung,
Grüne Technologien als Chance**

Raumplanung hemmt Wertschöpfung

Die bundesrechtlichen Vorgaben in der Raumplanung bremsen zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung

- 1/3 der Unternehmen sieht betriebliche Entwicklung behindert.
- 1/3 der Unternehmen kann Fachkräfte mangels Wohnraum nicht anstellen.

Forderung 1: Raumplanungspolitik die Raum für Entwicklung schafft und dezentrales Wohnen und Wirtschaften in der Schweiz langfristig sichert.

Forderung 2: Reduzierung von Komplexität, Stärkung der lokalen Kompetenzen und Bestimmungen nach funktionalen Räumen.

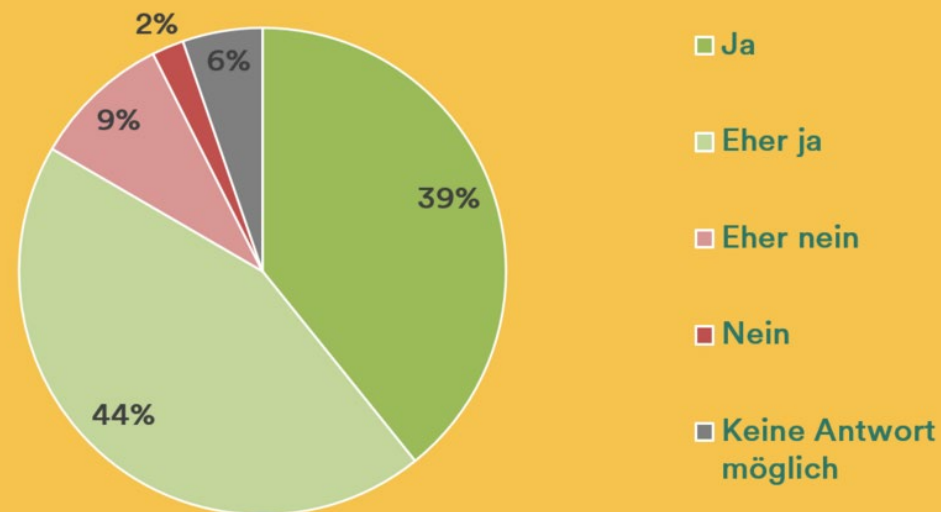
Initiative Green Tech Graubünden



Juso-Initiative: Zerstörung von Wohlstand

Technologien,
Unternehmertum und
Innovation bereiten die
Welt für die nächsten
Generationen am besten
vor und schaffen
Wohlstand

Denken Sie, dass nachhaltiges Wirtschaften
langfristig eine Chance für Ihr Unternehmen ist?



Urs Furrer, Direktor sgv-usam



**Fazit und Forderungen des
Gewerbes**

Gewerbe schafft Jobs.

JUSO zerstört
Unternehmen.

Am 30. November
NEIN
zur JUSO-Steuer

juso-steuer-nein.ch



Les PME créent des emplois.

Les Jeunes Socialistes
détruisent les PME.

Le 30 novembre
NON
à l'impôt des Jeunes
Socialistes

impot-socialiste-non.ch



Le PMI creano posti di lavoro.

L'iniziativa dei giovani socialisti
distrugge le PMI.

Il 30 novembre
NO
all'imposta della
Gioventù Socialista

imposta-socialista-no.ch





Die Initiative schadet dem Gewerbe:
Künftig würden doppelt so viele Leute am
Arbeitsplatz fehlen.

Urs Furrer

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband

KMU-Entlastungs- und Revitalisierungspaket

- **Produktivität**
 - KMU-freundliche Regulierung, Regulierungsbremse
 - Flexibler Arbeitsmarkt und starke Berufsbildung
 - Energie, Raumplanung und Mobilität
- **Staat**
 - Entlastungspaket / Verzichtsplannung
 - Tiefe Steuern und Abgaben
 - Föderalismus
- **Aussenhandel**
 - Aktualisierung bestehender und Abschluss neuer FHA, KMU-taugliche Anwendung
 - Abbau technischer Handelshemmnisse

Fragen?